

„Wir greifen da ein, wo das Klima zerstört wird“

Andrang zu Demos, mediale Präsenz, politische Reichweite: Die derzeit erfolgreichste Bürgerbewegung scheint die gegen Flüchtlinge zu sein. Was das mit Klimaschutz zu tun hat, warum gerade jetzt Proteste gegen fossile Energien wichtig werden und wie Demonstranten mit Kohlegrubenbesetzungen die Debattenkultur in Deutschland verändern wollen – darüber sprechen wir mit dem Politologen und Aktivisten Tazio Müller.



VON JULIA LAUTER UND ESPEN EICHHÖFER (FOTOS)



Der politische Diskurs wird derzeit durch die landesweiten Proteste gegen Flüchtlinge geprägt. Herr Müller, ist es immer gut, wenn die Leute auf die Straße gehen? Proteste sind nicht per se gut oder schlecht. Man braucht einen ethischen Kompass, um ihre Ziele bewerten zu können.

Sollten wir angesichts der aktuellen Gemengelage in der Gesellschaft Angst vor Bürgerprotesten haben? Nein, denn das wäre eine sehr elitäre Haltung. Wir müssen uns fragen: Warum sind die Leute auf der Straße? Was davon ist ernst zu nehmen, was ist ethisch vertretbar? Die etablierten politischen Akteure liefern einfach nicht, und dann kann ich es durchaus nachvollziehen, wenn Leute, die sich sozial benachteiligt fühlen, Neid und Angst gegenüber Geflüchteten entwickeln. Deshalb ist es keine Lösung, die Menschen als Deppen abzutun oder – im anderen Extrem – die Hilfe für Geflüchtete zu kürzen. Wenn wir den Leuten immer nur Problemdiagnosen anbieten, aber nie sagen, wie sie handeln können, dann stärken wir die rechten Kräfte. Denn die sagen schlicht: Grenzen zu, Ausländer raus, lass' mal ein Flüchtlingsheim anzünden. Deshalb brauchen wir konkrete Lösungsansätze und das Gefühl von Ermächtigung.

Kann man Proteste zu sozialen Themen und zu Umweltthemen überhaupt vergleichen? Klimawandel ist kein Umweltthema. Tatsächlich ist die Umwelt kein Umweltthema. Die Umwelt ist ein soziales Thema, denn es geht darum, dass die Armen an dem zugrunde gehen, was wir Reichen machen. Es geht um Gerechtigkeit. Wenn das keine soziale Frage ist, dann weiß ich auch nicht. Auch die Anti-Atom-Bewegung war keine reine Öko-Bewegung. Da haben sich der Friedensbewegung Umweltschützer und eine ganze Reihe andere Bewegungen angeschlossen, und so konnten die Proteste so wirkmächtig werden. Wir sagen: Es geht schon lange nicht mehr um Eisbären.

Anders als in den USA gibt es in Deutschland bis heute keine große Klimabewegung. Warum sind die Menschen hier so klimafaul? Das hat unter anderem mit der Stärke der grünen Partei zu tun: Grüne Themen sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen, hier gibt sich jeder klimafreundlich. Soziale Bewegungen entstehen aber vor allem dann, wenn ein Thema nicht von den Akteuren im politischen System behandelt wird. Ein anderes Problem war die frustrierende Erfahrung bei der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009. Als Aktivist habe ich damals für den Gipfel mobilisiert, Tausende sind mitgekommen,

haben dort massive Polizeigewalt erfahren, und es kam nichts dabei raus. Bei vielen blieb hängen: Das bringt nichts. In der Folge gab es ein großes Loch, in der Bewegung spricht man von der Post-Kopenhagen-Depression.

Welche Lehre haben Sie und ihre Mitstreiter daraus gezogen? Es hat fast sechs Jahre gedauert, bis die Bewegung wieder das Mobilisierungsniveau von 2009 erreicht hatte. Danach wollten wir nicht mehr da eingreifen, wo der Klimawandel verwaltet wird, sondern dort, wo das Klima zerstört wird: in den Braunkohlerevieren. Wir wollten eine Aktion massenhaften Ungehorsams im Bezug auf Klimagerechtigkeit auf den Weg bringen.

Im vergangenen August besetzten rund tausend Aktivisten des Bündnisses „Ende Gelände“ den Tagebau Garzweiler im Rheinland. Wie viel CO₂ wurde dadurch vermieden? Wer glaubt, dass man Aktion für Aktion mit einem CO₂-Rechner durchkalkulieren kann und wir den Klimawandel aufhalten, indem wir von Grube zu Grube ziehen und dort die Bagger stoppen, der sieht die Ausmaße des Problems nicht. Wir erzielen mit unseren Protesten Effekte auf der politischen und der gesellschaftlichen Ebene. Wir können uns nur kurze Zeit in der Grube aufhalten, aber die Wirkung dieser Ermächtigung – das Problem Klimawandel dort anzupacken, wo es entsteht – geht weit darüber hinaus.

In Garzweiler bedrohten RWE-Mitarbeiter Aktivisten mit Eisenstangen, fesselten sie mit Kabelbindern, es gab Verletzte – nehmen Sie das in Kauf? Natürlich sind solche Vorstöße mit einem gewissen Risiko verbunden. Die Frage ist, wie groß dieses Risiko ist. Wir haben Sanitäter, Rechtshilfe und psychologische Betreuung bei jeder Aktion vor Ort – das gehört für uns zu einer gut vorbereiteten Aktion dazu. Wir wissen, dass diese Form des Widerstandes belastend und traumatisierend sein kann. Aber wir versuchen, das so gut wie möglich aufzufangen. Das Wichtigste ist, zu wissen: Ich bin nicht alleine, Leute kümmern sich nach meiner Verhaftung um meine Freilassung, warten vor dem Knast mit einer heißen Suppe oder einem Glühwein. Wir machen das als Bewegung, weil wir es alleine nicht können. Das Gewicht ist zu schwer für den Einzelnen, deshalb schließen wir uns zusammen.

Zu Pfingsten sind Aktionen in den Lausitzer Braunkohlegruben geplant. Mit einem vorab veröffentlichten Aktionskonsens versucht das Bündnis die Situation „relativ vorhersagbar“

zu machen. Geht das bei einer Tagebaubesetzung überhaupt? Wir versuchen, das Risiko einer Eskalation zu begrenzen. Kontrollieren können wir nur uns selbst. Und wenn wir im Vorfeld klar sagen: „Von uns geht keine Eskalation aus“, dann ist die Situation meistens weniger explosiv. Wir machen klar: Es geht uns nicht darum, immer radikalere Aktionen zu machen, die nur die Immer-schon-Überzeugten ansprechen. Mit den Protesten wollen wir unseren legitimen Forderungen gesellschaftlich Relevanz verschaffen. Wenn wir Infrastruktur zerstören würden, würden wir wichtige Bündnispartner verlieren und unsere Aktivisten gefährden – das ist nicht in unserem Sinne.

Zu den seit 2008 stattfindenden Klimacamps in deutschen Braunkohlegebieten kamen jährlich ein paar hundert Menschen. Im letzten Jahr stieß die wachstumskritische Bewegung dazu und ließ die Teilnehmerzahl auf mehr als tausend Demonstranten anwachsen. Ein erster Schritt in Richtung Massenbewegung? Es ist auf jeden Fall eine Strategie, um mehr Menschen für unser Anliegen zu interessieren. Viele aus der Post-Wachstums-Bewegung kommen eher aus der Mitte der Gesellschaft. Das sind einfache Menschen, die sich mit ihren eigenen und gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven beschäftigen und merken: Irgendwie geht das so nicht. Und dieses gesellschaftliche Unwohlsein mit dem Dogma des unend-

Passt das Streben nach schnellem Wachstum zu einer linken Öko-Bewegung? Ich bin da ganz offen: Natürlich müssen wir schnell wachsen, um den Kohleausstieg zu beschleunigen. Deswegen müssen wir der Mehrheitsgesellschaft Brücken bauen, sodass sie sich einfacher anschließen kann. Soziale Bewegungen müssen ab einem bestimmten Punkt über den Kern der Immer-schon-Überzeugten hinauswachsen – sonst sind wir nicht wirkmächtig genug. Und das müssen wir sein, denn wenn man die Ergebnisse von Paris ernst nimmt, müssen wir deutlich früher als 2040 aus der Kohle raus. Und dafür müssen wir schnell mehr werden, sodass wir schnell machtvoller sind.

Ist Garzweiler jetzt das neue Wendland? Das wäre schön. Wir können sicher sagen, dass wir in der bundesweiten Klimadebatte neue Zeichen gesetzt, den massenhaften zivilen Ungehorsam als Protestform weiter legitimiert und eine deutschlandweite Anti-Kohle-Bewegung etabliert haben. Wer die Kohleenergie vorantreibt, der muss mittelfristig mit genau den Auseinandersetzungen rechnen wie die Atomindustrie. Und wenn wir diese Analogie weiterdenken, dann ist das Ziel natürlich ein von unten erkämpfter Kohleausstieg.

Was erwartet die Bewegung im Mai in der Lausitz? Unser Verhältnis zu den lokalen Bürgerinitiativen in der Lausitz ist durchaus

„Nicht wir hinterlassen verbrannte Erde, sondern Vattenfall.“

TADZIO MÜLLER

lichen Wachstums auf einem endlichen Planeten wollten wir mit in die Grube nehmen. Leute wie die Besetzer des Hambacher Forsts im Rheinland leisten einen sehr wichtigen Beitrag. Aber wenn mich ein netter, nachdenklicher Mensch, der gerne im Bioladen einkauft, fragt, wie er etwas verändern kann, und ich sage: „Du musst die nächsten drei Monate in einem Baumhaus im Rheinland wohnen“, wird er vermutlich sagen: „Nein danke“. Darum laden wir ihn ein, zu unserem Camp zu kommen, spannende Veranstaltungen zu erleben und anschließend an einer gut strukturierten Aktion teilzunehmen, mit der man wirklich etwas erreichen kann. Dann haben wir bessere Karten.

komplizierter als im Rheinland. Viele der lokalen Bürgerinitiativen sind skeptisch gegenüber der geplanten Aktion – sie akzeptieren unser Vorgehen, werden aber nicht dabei sein. Wir von Ende Gelände rechnen in der Lausitz mit mehr Druck vom Betreiber Vattenfall, mit mehr Druck von der Polizei und mit mehr Druck von den Arbeitern. Der letzte Punkt bereitet mir am meisten Sorge.

Warum haben Sie mehr Angst vor den Arbeitern als vor der Polizei? Aus deren Sicht wollen wir ihnen ans Leder, wir greifen ihre Existenzgrundlage an, und, was fast noch wichtiger ist, wir kratzen an ihrem Selbstverständnis. Sie waren jahre- ➤



Polizei und Arbeiter gegen Aktivisten: Im August 2015 protestierten rund tausend Menschen gegen die Nutzung fossiler Energien, indem sie eine rheinische Kohlegrube lahmlegten



TADZIO MÜLLER

arbeitet als Referent für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist als Übersetzer tätig. Er engagiert sich in der Klimagerechtigkeitsbewegung und besetzte 2015 mit dem Aktionsbündnis „Ende Gelände“ den Kohletagebau in Garzweiler. Mitte Mai ist die nächste Massenaktion im Lausitzer Braunkohlerevier bei Cottbus geplant.

lang die Guten, haben die DDR mit Strom versorgt. In der Geschichte der Linken haben Kohlearbeiter lange Zeit eine sehr zentrale Rolle gespielt. Und jetzt kommen wir und sagen: Ihr seid keine Helden, ihr seid die Bösen. Es ist leicht, zu sagen „Vattenfall ist der Gegner“ oder „Die Polizei ist der Gegner“. Aber wenn dann ein Arbeiter vor dir steht, der seine Identität und seine Lebensgrundlage verteidigt, ist das

etwas ganz anderes. Wie positioniert man sich da als Linker? Wir kämpfen ja seit Jahren für einen linken Öko-Aktivismus. Und wenn eine Situation entsteht, in der man nicht beides – links und Ökoaktivist – sein kann, würde das unter Umständen die Arbeit von Jahren zunichte machen.

Wie wollen Sie das verhindern? Beim Ausstieg aus schmutziger Industrie werden

viele Leute ihre Arbeit verlieren, nicht jeder findet einen Job im Bereich der Erneuerbaren. Je früher wir über einen gerechten Ausstieg sprechen, umso größer sind die Chancen, dass er gelingen kann. Darauf zielen wir mit unseren Aktionen. Im Moment ist die Stimmung in der Lausitz sehr polarisiert, Einladungen zum Gespräch wurden von den Gewerkschaften bisher ausgeschlagen. Ich hoffe, dass das nach der Aktion anders ist und wir mit politischen Bildungsprogrammen die Debatte gestalten können.

Verprellen Sie mit ihrer Aktion die Unterstützer vor Ort? Nicht wir hinterlassen verbrannte Erde, sondern Vattenfall. Dass wir Unterstützer vor Ort verprellen, ist eine Gefahr, aber wir haben im Moment keine andere Wahl. Wenn man wirklich Politik machen will, dann muss man Gefahren in Kauf nehmen. Wir müssen neue Räume für die Bewegung aufmachen, und dabei kann natürlich auch mal etwas schlecht laufen. Es nicht zu tun, ist aber keine Option, weil dann auch nichts besser werden kann.

Ist es einfacher, in die Grube zu gehen, als sich an den Verhandlungstisch zu setzen? Warum sollten sie mit uns reden? Niemand muss sich mit radikalen Klimaschützern an einen Tisch setzen. Dafür sind wir nicht genug Leute und gesellschaftlich noch nicht relevant genug. Wir entwickeln Einfluss durch Störungsmacht – erst wenn wir in die Grube gehen, werden wir überhaupt zu einem Verhandlungspartner.

Sie fordern – entgegen der Positionen der meisten deutschen Umweltorganisationen – den sofortigen Ausstieg aus der Kohlekraft. Warum? Klimapolitisch ist ein Ausstieg 2040 absolut unzureichend. Wir dürfen die 1,5 Grad auf keinen Fall überschreiten – trotzdem legen viele Umweltorganisationen Pläne vor, die dieses Ziel verfehlen. Doch wenn wir den Klimawandel rechtzeitig stoppen wollen, müssen wir viel früher mit dem Aussteigen anfangen. Diese Forderung bekräftigt das Bündnis Ende Gelände mit Massenaktionen. Wir wissen, dass radikale Forderungen meistens nicht eins zu eins umgesetzt werden. Aber wir schaffen mit unserem Einsatz mehr Verhandlungsspielraum für Organisationen mit weniger rigorosen Positionen. Ich glaube, nur durch die radikalen Forderungen von Malcolm X wurde Martin Luther King zu einem Akteur, mit dem die Politik reden musste. In diesem Sinne beanspruchen wir das scheinbar Unmögliche, um die Grenzen des Möglichen zu verschieben.